

Ressort: Politik

Arbeitgeber warnen vor zu hohem Mindestlohn für Auszubildende

Berlin, 04.02.2019, 05:00 Uhr

GDN - Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) warnt vor Überforderung durch einen zu hohen Mindestlohn für Auszubildende. Dieser solle nicht mehr als 435 Euro betragen, heißt es in einem Papier der BDA, über das die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" (Montagsausgaben) berichten.

Das entspreche "dem oberen Ende der tariflichen Ausbildungsvergütungen, die in wirtschaftlich schwächeren Branchen bzw. Tarifbereichen aktuell mit DGB-Gewerkschaften vereinbart wurden". "Ausbildungsvergütungen sind kein Gehalt", schreibt die BDA. Bei der Bemessung ihrer Höhe müsse auch berücksichtigt werden, welche Kosten den Betrieben dadurch entstünden, dass sie Materialien bereitstellten und Arbeitszeit in die Ausbildung investierten. Ausbildungsvergütungen stellten daher "nur einen Zuschuss zum Lebensunterhalt" dar. Hinzu komme noch das Kindergeld und Unterhalt von den Eltern. "Wenn die Eltern ihrer Unterhaltspflicht nicht nachkommen können oder wollen, haben Auszubildende Anspruch auf Berufsausbildungsbeihilfe", argumentieren die Arbeitgeber. Union und SPD streiten sich heftig über die Höhe der Mindestausbildungsvergütung, auf deren Einführung sie sich im Koalitionsvertrag geeinigt haben. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) hat in ihrem Gesetzentwurf eine Mindestvergütung von 504 Euro im ersten Lehrjahr in Aussicht gestellt. In darauffolgenden Lehrjahren soll die Vergütung dann bis auf 580 Euro steigen. Der SPD ist das nicht genug. Ihr Parteivorstand fordert eine höhere Mindestvergütung als im Gesetzentwurf Karliczeks vorgesehen. Nach dem Willen der Sozialdemokraten sollen Azubis mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung erhalten - ein Vorschlag der Jusos und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Das entspreche mindestens 660 Euro pro Monat im ersten Ausbildungsjahr. SPD-Chefin Andrea Nahles sagte zu Karliczeks Entwurf: "Auf keinen Fall tragen wir das mit." Karliczek konterte, eine Mindestausbildungsvergütung müsse "Maß und Mitte" haben und dürfe "nicht ideologisch überfrachtet werden".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-119540/arbeitgeber-warnen-vor-zu-hohem-mindestlohn-fuer-auszubildende.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com